

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 112.

Mittwoch, 15. Mai

1912.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. Erscheint: Werktags nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1296, Redaktion Nr. 4574.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 30 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Eingeliefert) 150 Pf. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Des Himmelfahrtstages wegen erscheint die nächste Nummer des Dresdner Journals Freitag, den 17. Mai, nachmittags.

Se. Majestät der Kaiser hat Straßburg gestern wieder verlassen und ist nach Metz abgereist, wo die Ankunft abends kurz nach 7 Uhr erfolgte.

Der König von Dänemark, der seit vorgestern abend in Hamburg weilte, ist dort in der vergangenen Nacht plötzlich an einem Herzschlage gestorben.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, daß der bisherige Kaiserliche Votschafter in Konstantinopel Hr. v. Marschall v. Bieberstein zum Kaiserlichen Votschafter in London ernannt worden ist.

Der Dichter August Strindberg ist gestern nachmittags 1/5 Uhr gestorben.

Die Zahl der ausländigen Arbeiter in St. Petersburg beträgt rund 100 000.

Die beiden Automobilbanditen Garnier und Ballet sind nach einer regelrechten Belagerung in einer Villa in Nogent-sur-Marne ergriffen worden. Garnier wurde hierbei getötet, Ballet schwer verwundet; auch er starb bald darauf im Krankenhaus.

Amtlicher Teil.

Ministerium des königlichen Hauses.

Dresden, 15. Mai. Ihre Königl. Hoheit Prinzessin Johann Georg, Herzogin zu Sachsen, ist heute vormittag 8 Uhr 35 Min. nach hier zurückgekehrt.

Ihre Königl. Hoheit Prinzessin Mathilde, Herzogin zu Sachsen, ist heute vormittag 11 Uhr 48 Min. ab Pirna nach Miramar geehrt.

Auf Allerhöchsten Befehl wird wegen Ablebens Sr. Durchlaucht des Prinzen Heinrich XLIII. Reuß Jüngerer Linie am königlichen Hofe die Trauer auf drei Tage, vom 15. bis mit 17. Mai, angelegt.

Ministerium des Innern.

Der bisherige Abteilungsleiter an der Agrilkulturchemischen Versuchsanstalt Hohenheim Dr. phil. Gustav Fingerling ist zum Vorstand der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt zu Leipzig-Rödern ernannt und mit Allerhöchster Genehmigung ihm der Titel Professor verliehen worden.

Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts.

Se. Majestät der König haben Allerhöchstdiät geruht, dem Oberlehrer Bruno Oswald Heyer in Pödelwitz anlässlich seines Abtrittes in den Ruhestand das Verdienstkreuz zu verleihen.

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Inseratenteil.)

Nichtamtlicher Teil.

Vom königlichen Hofe.

Dresden, 15. Mai. Se. Majestät der König begab sich früh im Automobil nach dem Garnisonübungsplatz Litten bei Bangen, wohnte Eskadronsbefichtigungen beim 3. Husarenregiment Nr. 20 bei und kehrte mittags nach Wachwitz zurück.

Dresden, 15. Mai. Ihre Königl. Hoheit die Frau Prinzessin Johann Georg ist heute früh 8 Uhr 35 Min. in Begleitung der Hofdame Fr. v. Schönberg-Rothschönberg aus Cannes bez. München wieder hier eingetroffen. Se. Königl. Hoheit der Prinz begrüßte Ihre Königl. Hoheit auf dem Hauptbahnhofe, wo auch der Dienst der hohen Herrschaften die Frau Prinzessin erwartete.

Hosterwitz, 15. Mai. Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Mathilde hat sich heute vormittag 11 Uhr 48 Min. ab Pirna in Begleitung der Palastdame Fr. v. Waertner zum Besuch Ihrer Kaiserl. und Königl. Hoheit der Frau Erzherzogin Maria Josefa nach Miramar begeben. Die Rückkehr nach Hosterwitz erfolgt voraussichtlich Mittwoch, den 5. Juni.

Deutsches Reich.

Zum Besuche des Kaisers in den Reichsländern.

Straßburg (Elf.), 14. Mai. Se. Majestät der Kaiser nahm heute vormittag um 10 Uhr den Vorbeimarsch der Garnison vor dem Kaiserpalast ab. Mit dem Kaiser hatten unter dem Säulenportal des Palastes Aufstellung genommen: die Prinzen August Wilhelm und Joachim, die Prinzessin Viktoria Luise, ferner der Statthalter Graf v. Wedel, Fürst zu Fürstberg und die Herren der Umgebung. Der Vorbeimarsch erfolgte in Jügen, auch die berittenen Truppen marschierten zu Fuß. Um 11 Uhr 30 Min. war Frühstück bei dem kommandierenden General v. Fabeck. Um 1 Uhr 30 Min. trat der Kaiser vom Palais des kommandierenden Generals die Fahrt nach Metz an. Der Kaiser verließ Straßburg unter Glockengeläut. Neben dem Kaiser saß Fürst zu Fürstberg. Im zweiten Wagen folgten dann Statthalter Graf v. Wedel und Staatssekretär Hr. v. Jörn v. Bunsch, die den Kaiser nach Metz begleiteten. Der Statthalter wird bis zum 16. d. M. dort bleiben. Prinz August Wilhelm begibt sich von hier nach Berlin, Prinzessin Viktoria Luise nach Homburg v. d. S. zum Besuche Ihrer Majestät der Kaiserin.

Metz, 14. Mai. Se. Majestät der Kaiser ist um 7 Uhr 20 Min. im Automobil vor dem Gebäude des Generalkommandos des XVI. Armeekorps eingetroffen, nachdem er vorher noch eine Reihe Forts von Metz besichtigt hatte. Der Kaiser ist im Generalkommando abgestiegen. Abends war Tafel im Generalkommando.

Vom Bundesrat.

Berlin, 14. Mai. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen der Bericht der Reichsschuldenkommission sowie die Vorlagen betreffend Änderung der Bekanntmachung vom 10. Juli 1902 zum Gesetz über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau und betreffend Übergangsbestimmungen über die Amtsdauer der bisherigen Vertreter der Unternehmer und der Versicherten bei den Berufsgenossenschaften.

Der preussisch-bayerische Lotterievertrag.

München, 14. Mai. Die Kammer der Abgeordneten hat den Lotterievertrag mit Preußen entsprechend einem Antrag des Abg. Held (3.) zur nochmaligen Beratung an den Finanzausschuss zurückverwiesen. Es soll dabei auch die Frage erwogen werden, ob nicht die Errichtung einer rein bayerischen Klassenlotterie zweckdienlicher sei. Im Laufe der Debatte über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus; das Zentrum nahm nicht endgültig Stellung.

Reichstag.

Sitzung vom 14. Mai 1912.

Am Bundesratsstische: Staatssekretär Dr. Delbrück, Großadmiral v. Tirpitz und preussischer Kriegsminister v. Heeringen. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr nachmittags.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anfragen. Abg. Dr. Frank (soz.) fragt: „Ist der Hr. Reichsfiskus bereit, Auskunft darüber zu geben, ob Holland seine Zustimmung zu der Erhebung von Schiffsabgaben auf dem Rhein erklärt hat?“

Zur Beantwortung erklärt Geh. Legationsrat Lehmann: Der Hr. Reichsfiskus ist zu seinem Bedauern nicht in der Lage, über den Stand der Angelegenheit zurzeit eine Antwort zu erteilen.

Zur Ergänzung seiner Anfrage fragt Abg. Dr. Frank (soz.) weiter: Ist der Hr. Reichsfiskus auch nicht bereit, Auskunft darüber zu geben, ob überhaupt in Verhandlungen darüber eingetreten ist?

Geh. Legationsrat Lehmann: Ich habe meiner ersten Auskunft nichts hinzuzufügen.

Abg. Dr. Frank (soz.): Ist durch die Antwort der Regierung Ausdruck gegeben, daß Verhandlungen stattgefunden haben?

Geh. Legationsrat Lehmann: Auch auf diese Frage bin ich nicht in der Lage, irgendeine Antwort zu geben. (Langandauernde Heiterkeit rechts.)

Die zweite Anfrage stellt Abg. Fischer-Berlin (soz.): „Ist der Hr. Reichsfiskus bereit, darüber Auskunft zu geben, ob bei der demnächst zusammentretenden Internationalen Schiffsahrtskonferenz auch Vertreter der Schiffslente zu den Verhandlungen zugezogen werden?“

Zur Beantwortung führt Staatssekretär Dr. Delbrück aus: Über das Zusammentreten einer Internationalen Schiffsahrtskonferenz, insbesondere über Ort, Zeitpunkt und Programm, steht Endgültiges noch nicht fest. Daß zu den diplomatischen Verhandlungen Vertreter der Schiffslente zugezogen werden, erscheint unwahrscheinlich. Der von Deutschland der Konferenz zu unterbreitende Vorschlag wird vorher dem Vorstande der Seeverbündnisse zur Begutachtung vorgelegt werden, da die international vereinbarten Sicherheitsmaßregeln für Deutschland durch die von der Seeverbündnisse zu erlassenden Unfallüberwachungsbestimmungen in Kraft zu setzen sein

werden. Der Vorstand der Seeverbündnisse wird die Vertreter der Versicherten, deren Zugehörigkeit zur Beratung und Beschlußfassung über die zu erlassenden Vorschriften gesetzlich angeordnet ist, bereits bei der Begutachtung der diesseitigen Vorschläge zuziehen.

Zur Ergänzung fragt Abg. Fischer (soz.) weiter: Ist der Hr. Reichsfiskus bereit, wenn andere Staaten Seelente zu diesen Konferenzen heranziehen, seinerseits auch Seelente zuzuziehen?

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich habe meiner vorherigen Erklärung nichts hinzuzufügen. (Allgemeine Heiterkeit.)

Darauf legt das Haus die Beratung des Militäretats bei dem Ausgabentitel „Artillerie, Waffenwesen und technische Institute der Artillerie“ fort. Dazu liegt eine Resolution des Zentrums (Dr. Spahn und Gen.) vor: 1. die Löhne in den Militärbetrieben aufzubessern, so daß dieselben den durch Tarifvertrag festgesetzten Löhnen der Handwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen gleichartiger Gewerbe an den betreffenden Orten zum mindesten gleichkommen; 2. den Arbeiter-Ausschüssen bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eine geeignete Mitwirkung zu ermöglichen; 3. die Mitglieder der Arbeiterausschüsse in ihrem Arbeitsverhältnis während ihrer Amtsdauer entsprechend zu sichern und 4. den Vertretern der einzelnen Ausschüsse zu ermöglichen, in wichtigen Fällen die Wünsche der Arbeiter den höheren vorgelegten Dienststellen vorzutragen.

Abg. Dr. Liebknecht (soz.) bringt Wünsche der Arbeiterschaft an den Spandauer Militärbetrieben zur Sprache. In den besonders gesundheitlich gefährdeten Betrieben dürften jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden. In den Werkstätten, wo explosive Stoffe verarbeitet werden, müssen besondere Sicherheitsmaßnahmen getroffen und die Arbeiterarbeit beseitigt werden. Jetzt fehlt es den Behörden sehr, die Arbeiter jederzeit zu entlassen, während die Arbeiter auf Jahre gebunden sind. Die Unabgaben der alten Arbeiter sind völlig unzureichend. Die Arbeiterausschüsse müssen weiter ausgebaut werden. Für die Wochenfeiertage muß der Lohn gezahlt werden. Die politische Überzeugung der Arbeiter sollte ohne Einfluß sein für ihre Beschäftigung. Das Strebertum ist schon so alljährlich verbreitet, namentlich unter den Meistern und Meistergehilfen. Die Arbeiter erkennen in uns doch die besten Vertreter für ihre Interessen; wir besitzen ihr Vertrauen mehr als Dr. Pauli.

Abg. Trimborn (3.): Die bei den Siegburger Militärbetrieben beschäftigten Techniker und Kanzleibeamten haben den Wunsch nach Besserstellung und nach etatsmäßiger Anstellung. Die Siegburger Arbeiter bitten um Gleichstellung im Lohn mit den Spandauer Arbeitern.

Abg. Pauli-Potsdam (son.): Die Lohnklasseneinteilung sollte in Spandau so geregelt werden, daß der gelernte Handwerker besser gestellt wird, als der ungelernete Arbeiter. Bezüglich der Betriebs- und Verwaltungsdirektoren dürften die gewünschten Verbesserungen alsbald erfüllt werden. Die Meistergehilfen haben eine schlimme Position, einerseits sind sie Arbeiter, andererseits deren Vorgesetzte, von keiner Seite werden sie für voll angesehen. Der Militärarbeiterverband betreibt verkappt die Geschäfte der Sozialdemokratie. Unsere Militärbetriebe dürfen nicht der Tummelplatz werden für die Sozialdemokraten; diese müssen entfernt werden. (Beifall rechts, Lachen und Juchzen bei den Sozialdemokraten: Das haben Sie gut gemacht.)

Generalmajor Wandel: Wir würden einen Sturm der Entrüstung entfachen, wenn wir die gelernten und ungelerten Arbeiter gleichmäßig bezahlen wollten. Die Meistergehilfen sollen in die Beamtenlaufbahn übergeführt werden; das entspricht einem alten Wunsche dieser Leute. Die Löhne in den Siegburger Werken entsprechen demjenigen in der dortigen Industrie. Daß alles in Spandau in besserer Ordnung sei, wird nicht behauptet; die Verwaltung ist aber bemüht, Besserung einzutreten zu lassen, wo sich Schäden zeigen. Gesundheitszulagen werden in großem Umfang gezahlt. Innerhalb der Institute sollen keinerlei politische Vereine bestehen. Wir werden dafür sorgen, daß Sozialdemokraten in unseren Betrieben nicht bei uns in Arbeit bleiben, da wir von unseren Arbeitern eine besondere Zuverlässigkeit verlangen müssen. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Jäger (nl.): In bezug auf die Lohnverhältnisse ist noch manches zu verbessern. Die Gesundheitszulagen dürfen nicht beseitigt werden. Die Altersversorgung muß besser werden. Was die Arbeiterausschüsse sein sollen, sind sie nicht; dazu sind ihre Befugnisse zu eng bemessen, auch fehlt es an dem nötigen Vertrauen. Ich wünsche und hoffe, daß das gegenseitige Vertrauen Platz greift. Dann kehren auch wieder gesunde Verhältnisse ein. (Bravo!)

Abg. Weinhausen (fortsch. Sp.): Die Militärverwaltung sollte weniger Versprechungen machen und lieber die Verhältnisse der Arbeiter tatsächlich bessern. Für einzelne Kategorien der technischen Beamten sind bessere Anstellungsbedingungen dringend erforderlich. Die Danziger Arbeiter wünschen gleichfalls Gleichstellung mit der Spandauer Lösung. Bezüglich der Urlaubsgewährung hinkt die Militärverwaltung hinter der Privatindustrie nach. Unangebracht ist es, wenn die Sozialdemokraten sich immer als die alleinigen Arbeitervertreter hinstellen; ohne die Hilfe der bürgerlichen Parteien können sie gar nichts ausrichten. (Beifall.)

Generalmajor Wandel: Die Militärbetriebe sollen insofern Musterbetriebe sein, als sie bei guter Bezahlung die Fürsorge für Gesundheit und sichere Lebensführung der Arbeiter übernehmen. Wegen Bereinlichung des Krankentafelwesens müssen wir das Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung abwarten.

Abg. v. Halem (Rp.): Angefaßt der Geschäftsloge verzichte ich auf Wort. (Bravo!)

Darauf wird ein Schlußantrag angenommen und das Kapitel bewilligt.

Die Resolution des Zentrums wird angenommen. Von einer Resolution der Sozialdemokraten werden diejenigen Teile angenommen, die sich auf Erhöhung der Gesundheitszulagen und Sommerurlaub, Ausbau der Arbeiter-